

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktions-Verwaltung: Dresden, Postfach 10000  
Telefon: 10000  
Abdruck: Dresden, Postfach 10000

Verantwortlich: Dr. Kurt Müller, Dresden, Postfach 10000  
Telefon: 10000  
Abdruck: Dresden, Postfach 10000

Druck: Dresden, Postfach 10000  
Telefon: 10000  
Abdruck: Dresden, Postfach 10000

## Endlösung und Gleichberechtigung

### v. Papen vor der deutschen Kolonie Lausanne

Lausanne, 23. Juni. Im Stadtkasino zu Lausanne fand heute ein deutscher Abend statt, der von der deutschen Kolonie in Lausanne, der deutschen Handelskammer in der Schweiz und vom Verband deutscher Studierender an Schweizer Hochschulen veranstaltet war. Der Reichskanzler, die Reichsminister und die ganze deutsche Delegation nahmen an dieser eindrucksvollen Veranstaltung teil, die etwa 500 Personen vereinigte, und in deren Mittelpunkt eine große politische Rede des Reichskanzlers stand. Auch der österreichische Bundeskanzler Dollfuß war erschienen. Reichskanzler v. Papen sprach einleitend von der Aufgabe der Auslandsdeutschen als Pioniere des deutschen Kulturlebens und von dem durch die Tat bewiesenen festen Willen Deutschlands an friedlicher Arbeit. Nach einer herzlichen Begrüßung des österreichischen Bundeskanzlers und Worten des Dankes für die gastliche Aufnahme in der Schweiz fuhr der Reichskanzler fort:

Die Staatsmänner Europas sind in Lausanne zusammengekommen, um ihre Völker vor dem ungeheuren Druck zu befreien, der fast jede langdauernde wirtschaftliche Tätigkeit zum Erliegen gebracht hat.

Diese Konferenz darf nicht mit Resolutionen schließen, die der Welt nur den Frieden versprechen; diese Konferenz muß der Welt endgültig den Frieden anerkennen.

Es geht hier in Lausanne nicht darum, die Ursachen zu suchen, die die Weltwirtschaft in Unordnung gebracht haben; diese sind zu wenige bekannt und von allen Sachverständigen der Welt überzeugend und übereinstimmend festgelegt worden. Heute gilt es, die bereits erkannten Fehler zu beheben.

Die Zeit der halben Maßnahmen ist vorbei.

Die Völker Europas und der Welt wollen Taten sehen. Ich kann nicht daran glauben, daß die Welt zu solcher positiven Arbeit noch nicht reif ist. Die Welt der Arbeitslosigkeit leidet schwer auf Deutschland. Die Hoffnung der Jugend ist fast geschwunden. Das wirtschaftliche Leben gleicht einem Archipel. Mehr noch als dieses materielle Elend laßt auf uns das niederdrückende Bewußtsein, zu einer Nation zu werden, die in der Welt begründet zu sein. Kann man sich wundern, daß ein Volk mit einer solchen stolzen Geschichte, wie die unsrige, sich in allen Fällen seines Daseins gegen einen Zustand aufbäumt, der sein feilliches Gleichgewicht in dem empfindlichsten Punkt zerstört?

Die Welt darf sich weder darüber täuschen, daß das materielle Unglück, unter dem Deutschland so besonders leidet, nicht an den Grenzen eines Landes haltmacht.

nach auch darüber, daß die seelische Spannung gegenwärtigen Europa auf das ernste bedrohen.

Reider sind die Ansätze zu einer Besserung, die verschiedenlich gemacht wurden, nicht mit der Energie verfolgt worden, wie es nötig gewesen wäre. Ich denke in erster Linie an die weitsehende Initiative, die der Präsident des großen amerikanischen Volkes vor einem Jahre unternommen hat. Die Welt wäre ein großes Stück weiter, wenn dieser weitberzige Gedanke in seiner ursprünglichen Reinheit hätte verwirklicht werden können. Nicht minder hat die geistige Weisheit des amerikanischen Präsidenten der Welt erneut bewiesen, mit welchem Ernst die große amerikanische Nation auch ihrerseits den Weltfrieden an die Wurzel zu greifen gewillt ist.

Die Frage nach dem Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise ist klar und einfach zu beantworten.

Man muß sich entschließen, einen endgültigen Strich unter die tragische Rechnung des Krieges zu machen. Das allein ist imstande, der Welt das Vertrauen wiederzugeben, das Vertrauen, dessen sie bedarf, um das seelische und materielle Gleichgewicht wiederzufinden.

Auf den Schultern der hier verammelten Staatsmänner ruht eine ungeheure Verantwortung. Ich habe den festen Glauben, daß sie frei von voreingenommener öffentlicher Meinung sich der Größe des Augenblicks bewußt sein werden und Lösungen finden, die der Welt die europäische Rechnung tragen.

Die deutsche Regierung, die zu führen ich die Ehre habe, hat noch einmal den Versuch gemacht, alle lebendigen aufbauwilligen Kräfte der Nation zusammenzuführen, um neue Grundlagen für das Leben unseres Volkes zu finden und die lokale Zerrissenheit unserer Zeit zu überwinden. In diesem festen und unerschütterlichen Willen wissen wir uns eins mit dem gesamten deutschen Volk.

Deutschland will den Frieden in Ehren, weil es den Frieden der Welt will.

An Oesterreich hatte der Reichskanzler zu Beginn seiner Rede sich mit folgenden Worten gewandt:

Ich grüße auch in dieser Stunde unsere österreichischen Brüder, deren Geschichte mit der unsrigen auf das engste verbunden ist, deren Not wir wie unsere eigene empfinden. In jeder Stunde waren und sind wir bereit, unseren österreichischen Freunden zu helfen, soweit es irgend möglich ist. Ich bitte erneut den Herrn österreichischen Bundeskanzler, das Versprechen unerschütterlicher Freundschaft entgegenzunehmen.

### Das Reich wird Industrieller

Das Bekanntwerden des Erwerbs der Aktienmehrheit der Welfenkirchener Bergwerks-A.G. durch das Reich hat wohl zunächst in allen Kreisen beständiges Erstaunen und Kopfschütteln verursacht. Denn es handelt sich hierbei um einen Kauf von ganz erheblichem Ausmaß. Welfenkirchener, das die Mehrheit der Aktien der Vereinigten Stahlwerke besitzt, ist das maßgebende Unternehmen der deutschen Schwerindustrie. Das Reich hat durch seine Einkaufnahme nicht weniger als 43 1/2 Prozent des deutschen Rohessens, 40 Prozent des Dalbzeugs, 45 Prozent in Schienen- und 50 Prozent der Röhrenerzeugung unter seine Kontrolle gebracht. Ebenso stark ist die Einkaufnahme des Reiches auf die Kohlenförderung geworden. Rechnet man zu dem Neuzugriff noch die bereits im Besitz der öffentlichen Hand befindlichen Werke in Sibirien und Redlinghausen, dann hat das Reich jetzt rund 46 Prozent der Ruhrkohlenförderung in seiner Hand. Damit ist in nächsteren Jahren dargelegt, daß der größte Schwerindustrielle innerhalb unserer Grenzen von jetzt ab der Staat selbst ist. Wieder einmal hat die alte Sozialisierung einen beträchtlichen Erfolg erzielt. Auf dem Wege zum Staatssozialismus, den man, da er dem Erwerbsstreben des Staates dienen soll, ebensoakt Staatskapitalismus nennen kann, ist eine neue wichtige Etappe erreicht. Das Eindringen des Staates in die Schwerindustrie muß um so erstaunlicher sein, als ja vor einem Jahre erst die Großbanken, mit Ausnahme der Deutschen und Diskontobank, im Verlaufe der Sanierung Reichs- und unternehmungen wurden, und bald darauf auch die Schiffahrt verstaatlicht wurde. Hunderte von Millionen aus dem Säckel der Steuerzahler und aus dem begrenzten Kreditvolumen der Reichsbank wurden für diese Zwecke aufgewendet. Es sei dabei nicht verkannt, daß die Sanierung in beiden Fällen unvermeidlich geworden war, und daß daraus der staatliche Einfluß zwingend erwuchs. Deshalb bleibt doch aber der Vorwurf für die Reichspolitik bestehen, daß die allzu bereitwillige Nebenläufige Tributentnahme mit abgeraumtem Gelde und das wahnwitzige Anzeichen der Steuerfahne die hauptsächlichsten Ursachen für den Ruin der Wirtschaftswelt waren, die schließlich im Verlauf der Krise vom Reich wieder sanierter und übernommen werden mußten, weil ihr Zusammenbruch die noch stehenden Teile der deutschen Wirtschaft in das Unheil mit hineinzureißen drohte.

Bevor aber der Flut die verstaatlichten Banken und die Schiffahrt überhaupt verdauen konnte, kehrte er bereits vor der Aufgabe, Rohle und Eisen, die von der Krise am schwersten betroffenen Rohstoffproduktionen, nutzbringend zu verwerten. Wahrhaftig, die Sorgen des Reiches wachsen ins Phantastische. In einer Zeit der größten Not, inner-, sozial-, kultur- und finanzpolitischen Schwierigkeit belastet sich das Reich auch noch mit der Verantwortung für einen immer größer werdenden Teil der deutschen Wirtschaft. Der staatliche Sektor der Wirtschaft wächst, während der private in unauffälliger Schrumpfung begriffen ist. Man könnte den Erwerb der Aktienmehrheit von Welfenkirchener als ein typisches Beispiel dieser Entwicklung bezeichnen. Denn es fallen dabei charakteristische Züge auf die Vorgänge, die heute zur Ausdehnung des Staatskapitalismus führen. Als der Erwerb von Welfenkirchener durchgeführte, hat die Volkspresse, der jedes Mittel recht ist, um aus Welfenkirchener alle Flecker der letzten Jahre dem neuen Kabinett in die Schuhe zu schieben, sich eine kleine Verbrennung geleistet. Die sozialdemokratische Presse brachte Karikaturen, aus denen der Unbefangene entnehmen konnte, daß neue Reichskabinett habe aus öffentlichen Mitteln für die privaten Schwerindustrie Millionen gemissermaßen als „Liebesgabe“ geschenkt. Einen Tag darauf mußte dieselbe sozialistische Presse eine amtliche Mitteilung veröffentlichen, daß nicht Papen, sondern das Kabinett Brüning die Übernahme von Welfenkirchener bereits Ende Mai rechtschaffen abgeschlossen hatte. Es handelt sich hier also um eine letzte Tat der von der Sozialdemokratie tolerierten alten Regierung. Genauer gesprochen, um ein ganz persönliches Werk des demokratischen Reichsfinanzministers Dietrich, der davon nicht einmal seinem Staatssekretär, dem jetzigen Finanzminister, Graf Schwerin v. Krosigk, Kenntnis gab. Nur der Reichskanzler und der Reichswirtschafts-

## Neue Anruhen der Berliner Kommunisten

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 23. Juni. In dem Moabitert Viertel um die Rosfelder Straße herum, wo es in der vergangenen Nacht zu kommunistischen Barrikadenbauten kam, sammelten sich schon am heutigen Vormittag an den Ueberresten der in der Nacht errichteten Barrikaden immer wieder große Menschenmengen an und am Nachmittag war besonders die Rosfelder Straße fast schwarz von Menschen. Die Polizei hielt sich zunächst zurück und beschränkte sich damit, in den Querstraßen und den Straßenausgängen Posten aufzustellen und die gefährdete Gegend mit Schnellwagen zu durchfahren. Als dann in den Nachmittagsstunden die Ansammlungen immer stärker wurden, erließen plötzlich

ein Spezialfahrzeug der Polizei, eine Art von Panzerwagen, der mit Wasserprahleinrichtung versehen ist.

Die Polizei rückte mit diesem Fahrzeug und mit Schnellwagen in das Viertel um die Rosfelder Straße ein und begann die Steinplatten von den Barrikaden, die die Straße völlig versperrten, zu entfernen. Gegen Ansammlungen, die immer wieder entstanden, griff man mit dem Spreitwagen ein und schloß die nach allen Seiten Wasserstrahlen, auch in die offenkundigen Fenster der Wohnungen, in denen sich Menschen zeigten. Dieser

Wasserangriff machte jedoch auf die Kommunisten keinen allzu starken Eindruck.

Raum war das Spreitfahrzeug vorbeigefahren, so war die Straße wieder voll von Menschen. Angesichts dieser Lage hielt es der Berliner Polizeipräsident für richtig, selbst eine Inspektionsfahrt in die gefährdete Gegend zu unternehmen. Er begab sich in Begleitung von mehreren Offizieren und geschützt von 50 Polizeibeamten durch die Straßen, um die Versammlungen in Augenschein zu nehmen. Ueberall, wo er erschien, brach die Menge in Schmachts und gellende Rufe aus. Auch auf diesen Besichtigungsfahrten mußte das Spreitfahrzeug wiederholt einrücken. Die kommunistische Drohung ging sogar so weit, daß sie heute

am helllichten Tage in der Rosfelderstraße verhafteten, eine Barrikade aus Plastersteinen zu errichten.

Als die Polizei hinkam, wurde sie mit Steinwürfen empfangen, wobei ein Beamter leicht verletzt wurde. Schließlich gelang es der Polizei, die Kommunisten zu vertreiben und zwei von ihnen zu verhaften. — Begegnend für das

Vorgehen der Kommunisten ist ein Vorfall, der sich heute vormittag in der Sickingenstraße ereignete. Hier wurde der Versuch unternommen, ein Wagen in Brand zu setzen, und in der Sickingenstraße wurde eine Frau aus dem zweiten Stock eines Hauses zu rennen. Die Ratten auf die Straße hinunter, wo gerade eine Polizeipatrouille vorbeiging. In beiden Fällen schritt die Polizei, die mit einem großen Aufgebot zur Stelle war, sofort ein.

Heute abend mußte die Polizei in verschiedenen Stadtteilen Schreckschüsse abgeben, um die kommunistischen Demonstranten, die trotz des polizeilichen Verbotes auf die Straße gegangen waren, auseinander zu treiben. In Schöneberg versuchten die Kommunisten, die Schloßstraße entlang auf das Rathaus zu ziehen, wurden aber bald von der Polizei gestoppt. Am Tomteudplatz rotteten sich etwa 500 Kommunisten zusammen und leisteten der Polizei heftigen Widerstand. Es wurden mehrere Schreckschüsse abgegeben, worauf die Menge auseinanderstob. Hier wurden vier Hauptkretzer festgenommen. Besonders gefährlich entwickelte sich die Situation in Neudölln. Etwa 1000 Kommunisten erschienen aus den Nebenstraßen in der Berliner Straße und waren trotz mehrfacher Aufforderung der Polizei nicht zum Auseinandergehen zu bewegen. Erst nachdem die Polizei sechs Schreckschüsse abgegeben hatte, gelang es ihr einzurücken, die Ruhe wiederherzustellen. Auch am Wedding und in Steglitz legten die Kommunisten ihre Ruhestörungen ein, konnten aber bald nach Einsatz polizeilicher Kräfte auseinandergetrieben werden.

### Bereitungen gegen die Zentrumskronde

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 23. Juni. Im Reichsministerium des Innern werden zur Zeit von den zuständigen Referenten die Vorbereitungen für die als Ergänzung der Notverordnung des Reichspräsidenten gedachten neuen innerpolitischen Notmaßnahmen getroffen. Man ist also gerüstet, falls aus Deutschland abziehende Antworten bis Ende dieser Woche eintrafen sollten. In politischen Kreisen hält man es für sicher, daß sich Bayern und Baden dann der Notverordnung fügen werden.

Heute: Der D.N.-Krafftfahrer Seite 8 und 9